

Bekanntgabe der Einleitung von Strafverfahren nach Verbot und Auflösung politischer Parteien.

Mit Verweis auf frühere Beschlüsse {1–4} und in Übereinstimmung mit dem Artikel 37 Berliner Verfassung {5}, Artikel 7.5 der Konstitution der Gemeinschaft Rus' {6}, sowie Nürnberger Prinzipien {7} verbiete ich alle politische Parteien aufgelöster Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bundesländer, beschlagnahme zu Unrecht erworbenes Vermögen im Sinne von Paragraphen 346, 682, 812, 817, 818 BGB, und nach Abschluß der Ermittlungsverfahren {8} leite Strafverfahren ein gegen bisherige und frühere Mitglieder dieser Parteien und ihre Mittäter wegen Bildung krimineller und terroristischer Vereinigung, Betrug, Trickdiebstahl, und anderer unerlaubter Handlungen im Sinne von Paragraphen 241, 242, 249, 280 – 282, 823, 826, 830, 832, 839, 840, 842 BGB, Artikel 6.4 der Konstitution der Gemeinschaft Rus'.

Wie bereits früher verkündet, geht beschlagnahmtes Vermögen auf die Stiftung für die Errichtung der konstitutionellen Ordnung (Фонд конституционного строительства) über. Im Weiteren, bin ich zu allen Maßnahmen berechtigt, die zur Verurteilung der Täter führen.



Dr. Andrej Poleev
Berlin, 9.11.2019.

Referenzen.

1. Sequestrierung vom 31.10.2013. In: A.Poleev. Harvest, Enzymes, 2014.

<http://enzymes.at/download/harvest.pdf>

2. Sequestrierung vom 27.01.2015. In: A. Poleev. Berlin - Zoologischer Garten. Enzymes, 2015.

<http://enzymes.at/download/Berlin.pdf>

3. О прекращении деятельности политических партий и передаче их средств Фонду Конституционного Строительства.

<http://constitution.fund/letters/invalidation.pdf>

4. Auflösung der Bundesrepublik Deutschland und Anordnung einer rechtlichen Betreuung.

<http://constitution.fund/letters/Konkurs.pdf>

5. Berliner Verfassung – Abschnitt II: Grundrechte, Staatsziele.

<https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/verfassung/artikel.41548.php>

6. Konstitution der Gemeinschaft Rus‘.

<http://constitution.fund/pages/constitution.htm>

7. Principles of International Law recognized in the Charter of the Nürnberg Tribunal and in the Judgment of the Tribunal, with commentaries. Yearbook of the International Law Commission, 1950, Vol. II, pp. 374–378.

8. Strafantrag gegen Bundesrepublik Deutschland.

<http://enzymes.at/indictments/prosecution.pdf>

Paul Ziemiak
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

25.11.2019

Mit Verweis auf Bekanntgabe vom 9.11.2019 {1} und auf meine andere Beschlüsse verpflichte ich bisherige Funktionäre aufgelöster Christlich Demokratischen Union (CDU), mir Auskunft zu geben über ihr Vermögen und über Vermögen ihrer bisherigen Mitglieder, weil dieses Vermögen seit o.g. Datum der Stiftung für die Errichtung der konstitutionellen Ordnung (Фонд конституционного строительства) gehört, und ich berechtigt bin, über beschlagnahmtes Vermögen zweckmäßig zu verfügen.

Im Weiteren verlange ich vollständige Auflistung von Namen, Privatadressen, und Bankverbindungen bisheriger Mitglieder aufgelöster CDU mit Angaben über aktuelle Bankguthaben und andere Vermögenswerte, die in laufendem Strafverfahren verifiziert und ausgewertet werden.

Um das Fortbestehen o.g. krimineller und terroristischer Vereinigung und weiteres Begehen unerlaubter Handlungen zu unterbinden, hebe ich Versammlungsrecht für o.g. Personen auf, beschlagnahme das Gebäude in Klingelhöferstraße 8, und fordere sie auf, das Gebäude zu verlassen und mir die Haustürschlüssel abzugeben.

Das o.g. Versammlungsverbot gilt auch für alle andere Gebäude und Plätze, weswegen bisherige Mitglieder aufgelöster CDU das Gebäude des Bundestags nicht betreten dürfen. Gleichfalls dürfen sie sich nicht als Parteimitglieder oder als Mitglieder des Bundestags (MdB) bezeichnen.

Von o.g. Versammlungsverbot sind in gleichem Maße alle Personengesellschaften, einschließlich Gerichte, weitere Verwaltungsorgane, Körperschaften, Anstalten, Unternehmen u.d.g. betroffen, welche in ihrem Bestand bisherige Mitglieder aufgelöster CDU haben, oder an deren Entstehung sie mitgewirkt haben.

Die Weigerung, meine Anweisungen in besagtem Zusammenhang zu befolgen, wird mit strafrechtlichen Maßnahmen geahndet.



Dr. Andrej Poleev

Referenz.

1. Bekanntgabe der Einleitung von Strafverfahren nach Verbot und Auflösung politischer Parteien.

<http://constitution.fund/indictments/Parteien.pdf>

Beschlagnahmeverfügung.

In Umsetzung ausgesprochenes Versammlungsverbots für Angehörige und Anhänger politischer Parteien, verschließe ich bis auf Weiteres das Reichstagsgebäude für Besucher, und verfüge die Übergabe besagtes Gebäudes an das Museum für die Geschichte der Demokratie, das zu Zwecken der Dokumentation, Bildung und Forschung eingerichtet wird.



Dr. Andrej Poleev

27.11.2019.

Referenz.

1. Bekanntgabe der Einleitung von Strafverfahren nach Verbot und Auflösung politischer Parteien.

<http://constitution.fund/indictments/Parteien.pdf>

Andrej Poleev • Charitéplatz 1 • 10117 Berlin

Stephan Steinlein
Schloss Bellevue
Spreeweg 1
10557 Berlin

Beschlagnahmeverfügung.

In Umsetzung ausgesprochenes Versammlungsverbots für Angehörige und Anhänger politischer Parteien {1}, und beziehend auf meine frühere Beschlüsse und Schreiben, löse ich das Bundespräsidialamt auf, beschlagnahme das Schloss Bellevue mit dazugehörigen Gebäuden, und untersage allen Personen, die bisher dort tätig waren, sich dort aufzuhalten.

Die Weigerung, meine Anweisungen in besagtem Zusammenhang zu befolgen, wird mit strafrechtlichen Maßnahmen geahndet.



Dr. Andrej Poleev
16.12.2019.

Referenz.

1. Maßnahmen nach Verbot und Auflösung politischer Parteien.

<http://constitution.fund/indictments/Parteien.pdf>

Bundesrat
Leipziger Straße 3-4
10117 Berlin

Beschlagnahmeverfügung.

Kraft meiner Ämter und mit Verweis auf meine Beschlüsse vom 23.09.2019, 14.10.2019, und 9.11.2019 {1–2} beschlagnahme ich das Gebäude in Leipziger Straße 3-4 sowie alle andere Regierungs- und Verwaltungsgebäude aufgelöster Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bundesländer, und bestätige hiermit die Auflösung des Bundestags, Bundesrats, Bundespräsidialamtes, der Bundesregierung sowie Landesregierungen. Alle bisherige Ministerpräsidenten, Minister, und übrige Beamte sind ihrer Ämter enthoben. Personen, die bisher in beschlagnahmten Gebäuden tätig waren, sind aufgefordert, sie zu verlassen und mir die Haustürschlüssel abzugeben.

Die Weigerung, meine Anweisungen in besagtem Zusammenhang zu befolgen, wird mit strafrechtlichen Maßnahmen geahndet, zu deren Ergreifung ich berechtigt und verpflichtet bin {3}.



Dr. Andrej Poleev
Berlin, 19.12.2019

Referenzen.

1. Auflösung der Bundesrepublik Deutschland und Anordnung einer rechtlichen Betreuung.

<http://constitution.fund/letters/Konkurs.pdf>

2. Maßnahmen nach Verbot und Auflösung politischer Parteien.

<http://constitution.fund/indictments/Parteien.pdf>

3. A. Poleev. Deutsche Krankheit. Enzymes, 2019.

<http://enzymes.at/download/Schizophrenie.pdf>

Amtsgericht Charlottenburg
Vereinsregister
Amtsgerichtsplatz 1
14046 Berlin

16.12.2019

Von der Versammlungsverbot für Angehörige und Anhänger politischer Parteien {1} sind in gleichem Maße alle Personengesellschaften, einschließlich Gerichte, weitere Verwaltungsorgane, Körperschaften, Anstalten, Unternehmen u.d.g. betroffen, welche in ihrem Bestand bisherige Mitglieder aufgelöster politischer Parteien haben, oder an deren Entstehung sie mitgewirkt haben.

Mit Verweis auf Artikel 36 Berliner Verfassung und auf weitere Begründung strafrechtlicher Maßnahmen {2–3}, setze ich ihre Satzungen und Grundordnungen aus, und erkläre alle Beschlüsse und Urteile, die von ihnen erlassen wurden oder werden, für nichtig.

Im Weiteren, entziehe ich ihnen die Rechtsfähigkeit im Sinne von und gemäß Paragraphen 43, 87 726, 728 BGB, Artikel 37 Berliner Verfassung, Artikel 7.5 der Konstitution der Gemeinschaft Rus', und bestätige bereits am 23.09.2019 erfolgte Auflösung des Amtsgerichts Charlottenburg sowie aller übrigen bei diesem Gericht eingetragenen kriminellen Vereinigungen {4}, beschlagnahme ihr Vermögen, und untersage ihren Betreiber, beschlagnahmtes Vermögen für ihre Zwecke zu nutzen, und sich in bisherigen Geschäftsräumen aufzuhalten.

Von besagten Maßnahmen sind alle Vereine, Körperschaften, Anstalten, Stiftungen, Genossenschaften und Gesellschaften betroffen, die bisher beim Amtsgericht Charlottenburg in den Vereins-, Handels-, und Genossenschaftregistern verzeichnet sind:

Deutscher Richterbund, Bund der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte e.V., VR 19853, Kronenstraße 73, 10117 Berlin,

Deutscher Anwaltverein e.V., VR 21116, Littenstraße 11, 10179 Berlin.

Berliner Anwaltsverein e.V., VR 695 Nz, Littenstrasse 11, 10179 Berlin.

Verein Berliner Kaufleute und Industrieller e.V., VR 143 Nz, Ludwig Erhard Haus, Fasanenstr. 85, 10623 Berlin.

Bundesverband der Deutschen Industrie e. V., VR 19633 NZ, Breite Straße 29, 10178 Berlin.

Freie Demokratische Partei, VR 13996 B, Reinhardtstraße 1410117 Berlin.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V., VR 26485 B, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V., 95 VR 20123 Nz, Oranienburger Str. 13 - 14, 10178 Berlin.

Bundesverband Deutscher Stiftungen, VR 21580 Nz, Mauerstraße 93, 10117 Berlin.

Bundesverband deutscher Banken e.V., 19142 Nz, Burgstraße 28, 10178 Berlin.

Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V., VR 19841, Lennéstraße 11, 10785 Berlin.

Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., VR 13378 B, Hofgartenstraße 8, 80539 München.

Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde e.V., VR 26854 B, Reinhardtstraße 27 B, 10117 Berlin.

Deutsche Psychoanalytische Gesellschaft, VR 1072, Goerzallee 5, 12207 Berlin, u.a.

Die Weigerung, meine Anweisungen in besagtem Zusammenhang zu befolgen, wird mit strafrechtlichen Maßnahmen geahndet.



Dr. Andrej Poleev

Referenzen.

1. Maßnahmen nach Verbot und Auflösung politischer Parteien.

<http://constitution.fund/indictments/Parteien.pdf>

2. Wohnungsrecht. <http://constitution.fund/letters/Wohnungsrecht.pdf>

3. A. Poleev. Deutsche Krankheit. Enzymes, 2019. <http://enzymes.at/download/Schizophrenie.pdf>

4. Auflösung der Bundesrepublik Deutschland und Anordnung einer rechtlichen Betreuung.

<http://constitution.fund/letters/Konkurs.pdf>

Amtsgericht München
Registergericht
Infanteriestraße 5

16.12.2019

Von der Versammlungsverbot für Angehörige und Anhänger politischer Parteien {1} sind in gleichem Maße alle Personengesellschaften, einschließlich Gerichte, weitere Verwaltungsorgane, Körperschaften, Anstalten, Unternehmen u.d.g. betroffen, welche in ihrem Bestand bisherige Mitglieder aufgelöster politischer Parteien haben, oder an deren Entstehung sie mitgewirkt haben.

Mit Verweis auf Artikel 36 Berliner Verfassung und auf weitere Begründung strafrechtlicher Maßnahmen {2–3}, setze ich ihre Satzungen und Grundordnungen aus, und erkläre alle Beschlüsse und Urteile, die von ihnen erlassen wurden oder werden, für nichtig.

Im Weiteren, entziehe ich ihnen die Rechtsfähigkeit im Sinne von und gemäß Paragraphen 43, 87 726, 728 BGB, Artikel 37 Berliner Verfassung, Artikel 7.5 der Konstitution der Gemeinschaft Rus', und bestätige bereits am 23.09.2019 erfolgte Auflösung des Amtsgerichts München sowie aller übrigen bei diesem Gericht eingetragenen kriminellen Vereinigungen {4}, beschlagnahme ihr Vermögen, und untersage ihren Betreiber, beschlagnahmtes Vermögen für ihre Zwecke zu nutzen, und sich in bisherigen Geschäftsräumen aufzuhalten.

Von besagten Maßnahmen sind alle Vereine, Körperschaften, Anstalten, Stiftungen, Genossenschaften und Gesellschaften betroffen, die bisher beim Amtsgericht Charlottenburg in den Vereins-, Handels-, und Genossenschaftregistern verzeichnet sind, u.a. Christlich-Soziale Union in Bayern e. V., VR 5586, Mies-van-der-Rohe-Straße 1, 80807 München.

Die Weigerung, meine Anweisungen in besagtem Zusammenhang zu befolgen, wird mit strafrechtlichen Maßnahmen geahndet.



Dr. Andrej Poleev

Referenzen.

1. Maßnahmen nach Verbot und Auflösung politischer Parteien.

<http://constitution.fund/indictments/Parteien.pdf>

2. Wohnungsrecht.

<http://constitution.fund/letters/Wohnungsrecht.pdf>

3. A. Poleev. Deutsche Krankheit. Enzymes, 2019.

<http://enzymes.at/download/Schizophrenie.pdf>

4. Auflösung der Bundesrepublik Deutschland und Anordnung einer rechtlichen Betreuung.

<http://constitution.fund/letters/Konkurs.pdf>

Andrej Poleev • Charitéplatz 1 • 10117 Berlin

Dr. Markus Söder
Bayerische Staatskanzlei
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

16.12.2019

Mit Verweis auf Bekanntgabe vom 9.11.2019 {1} und auf meine andere Beschlüsse verpflichte ich Sie, mir Auskunft zu geben über das Vermögen aufgelöster Christlich-Sozialer Union (CSU), und über Vermögen ihrer bisherigen Mitglieder, weil dieses Vermögen seit o.g. Datum der Stiftung für die Errichtung der konstitutionellen Ordnung (Фонд конституционного строительства) gehört, und ich berechtigt bin, über beschlagnahmtes Vermögen zweckmäßig zu verfügen.

Im Weiteren verlange ich vollständige Auflistung von Namen, Privatadressen, und Bankverbindungen bisheriger Mitglieder aufgelöster CSU mit Angaben über aktuelle Bankguthaben und andere Vermögenswerte, die in laufendem Strafverfahren verifiziert und ausgewertet werden.

Um das Fortbestehen o.g. krimineller und terroristischer Vereinigung und weiteres Begehen unerlaubter Handlungen zu unterbinden, hebe ich Versammlungsrecht für o.g. Personen auf, beschlagnahme das Gebäude in Mies-van-der-Rohe-Straße 1, und fordere sie auf, das Gebäude zu verlassen und mir die Haustürschlüssel abzugeben.

Das o.g. Versammlungsverbot gilt auch für alle andere Gebäude und Plätze, weswegen bisherige Mitglieder aufgelöster CSU das Gebäude des Bundestags, des Landtags und Bayerischer Staatskanzlei nicht betreten dürfen. Gleichfalls dürfen sie sich nicht als Parteimitglieder oder als Mitglieder des Bundestags (MdB), des Bayerischen Landtags, oder Bayerischer Regierung bezeichnen.

Von o.g. Versammlungsverbot sind in gleichem Maße alle Personengesellschaften, einschließlich Gerichte, weitere Verwaltungsorgane, Körperschaften, Anstalten, Unternehmen u.d.g. betroffen, welche in ihrem Bestand bisherige Mitglieder aufgelöster politischer Parteien haben, oder an deren Entstehung sie mitgewirkt haben: Max-Planck-Gesellschaft, Amtsgericht München, Oberlandesgericht Nürnberg, Landgericht Nürnberg-Fürth, Amtsgericht Nürnberg und Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth {3}, Katholische Kirche {4} u.a.

Zu Ihrer Kenntnisnahme übersende ich Ihnen Kopie meines Schreibens an Alexander Rinke vom 5.12.2019, und verlange die Übernahme der Verantwortung für bisher unterlassene Geldüberweisung, die er in Mißachtung rechtlicher Bestimmungen nicht tätigte.

Die Weigerung, meine Anweisungen in besagtem Zusammenhang zu befolgen, wird mit strafrechtlichen Maßnahmen geahndet, zu deren Ergreifung ich berechtigt und verpflichtet bin {5}.



Dr. Andrej Poleev

Referenzen.

1. Auflösung der Bundesrepublik Deutschland und Anordnung einer rechtlichen Betreuung.

<http://constitution.fund/letters/Konkurs.pdf>

2. Maßnahmen nach Verbot und Auflösung politischer Parteien.

<http://constitution.fund/indictments/Parteien.pdf>

3. Anordnung über die Wiederaufnahme der Arbeit des Nürnberger Tribunals.

<http://constitution.fund/letters/Tribunal.pdf>

4. Auflösung katholischer Kirche.

<http://constitution.fund/letters/Zerschlagung.pdf>

5. A. Poleev. Deutsche Krankheit. Enzymes, 2019.

<http://enzymes.at/download/Schizophrenie.pdf>

Urteil im Strafprozess nach Verbot und Auflösung politischer Parteien.

Heute, am Samstag den 28.12.2019, beim Spaziergang in der Wilmersdorfer Straße sah ich 2 schlafende männliche Obdachlose, und nahm diesen Tatbestand mit meinem Telefon auf. Während ich meine Aufnahmen machte, blieb ein Passant neben mir stehen, und erklärte mir in beherrschendem Ton, ich dürfe diese Personen ohne ihr Einverständnis nicht fotografieren, woraufhin ich ihm erklärte, daß ich diese Aufnahmen mache, um die Bilder an die Stadtverwaltung zu schicken, und weil obdachlose Personen immer noch auf der Straße sind, was unzulässig ist. Der Passant hörte mir zu, dennoch nahm das Gesagte nicht wahr und fuhr mit seiner Belehrung fort, weswegen ich ihm deutlich machte, daß er schnellstmöglichst verschwinden soll. In solchen Fällen kann ich sofort Schizophrenie nach E. Bleuler diagnostizieren, weil „ausgesprochene schizophrene Assoziationsstörung allein zur Diagnose ausreichend“ ist {1}: Auf der Straße schlafende obdachlose Personen passten in sein Wahnbild ohne Widerspruch, störend für ihn waren meine Aufnahmen dieser Personen ohne ihr Einverständnis.

Aufgrund Feststellung der Widerhandlung gegen bestehende Rechtsordnung in geschildertem Fall und in anderen Fällen {2–3} verurteile ich Personen, die im Nachfolgenden genannt sind, zum Tode gemäß Nürnberger Prinzipien:

Angela Merkel, bekannt als Kanzlerin aufgelöster Bundesrepublik Deutschland;
Christine Lambrecht, bekannt als Bundesjustizministerin unter Regierung von Angela Merkel;
Jens Spahn, bekannt als Bundesgesundheitsminister unter Regierung von Angela Merkel;
Olaf Scholz, bekannt als Bundesfinanzminister unter Regierung von Angela Merkel;
Horst Seehofer, bekannt als Bundesinnenminister unter Regierung von Angela Merkel;
Paul Ziemiak, bekannt als Generalsekretär aufgelöster und verbotener politischer Partei Christlich Demokratische Union;
Ralf Wieland, bekannt als Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin;
Michael Müller, bekannt als Regierender Bürgermeister von Berlin bis seiner Amtsenthebung am 25.11.2018;
Dilek Kolat oder Kalayci, bekannt als Senatorin für Gesundheit unter Regierung von Michael Müller;
Hans-Christian Helbig, bekannt als Präsident des Sozialgerichts Berlin;
Andreas Geisel, bekannt als Senator für Inneres unter Regierung von Michael Müller;
Dirk Behrendt, bekannt als Senator für Justiz unter Regierung von Michael Müller;
Stephan von Dassel, bekannt als Stellvertretender Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Soziales und Bürgerdienste im Rathaus Berlin Wedding;
Margarete Koppers, bekannt als Generalstaatsanwältin der Stadt Berlin;
Barbara Slowik, bekannt als Polizeipräsidentin von Berlin;
Jens Weidmann, bekannt als Präsident Deutscher Bundesbank;

Klaus Reinhardt, bekannt als Präsident des Deutschen Ärztetages und der Bundesärztekammer bis seiner Amtsenthebung am 18.09.2019;

Heiner Koch, bekannt als Erzbischof von Berlin;

Christian Stäblein, bekannt als Propst Evangelischer Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz.

Sie haben ihr Recht auf Leben verwirkt. Das Urteil ist sofort vollstreckbar.



Dr. Andrej Poleev

Berlin, 28.12.2019.

Referenzen.

1. Eugen Bleuler. Dementia praecox oder Gruppe der Schizophrenien. Verlag Franz Deuticke, 1911, S. 243.

2. Anordnung über die Versorgung von Personen mit dringendem Wohnungsbedarf mit angemessenem Wohnraum. <http://constitution.fund/letters/Wohnungsrecht.pdf>

3. Maßnahmen nach Verbot und Auflösung politischer Parteien.
<http://constitution.fund/indictments/Parteien.pdf>





Einsteinstraße 20, aufgenommen am 3.01.2020.



Potsdamer Platz 10, aufgenommen am 3.01.2020.

Andrej Poleev • Charitéplatz 1 • 10117 Berlin

Detlef Scheele
Bundesagentur für Arbeit
Regensburger Straße 104-106
90478 Nürnberg

20.02.2020

Infolge Auflösung der Bundesrepublik Deutschland und weiterer Maßnahmen nach Verbot und Auflösung politischer Parteien {1) erkläre ich die Arbeit der Bundesagentur für Arbeit, aller übrigen Regionaldirektionen, Arbeitsagenturen, Geschäftsstellen, Berufsinformationsstellen und Jobcenter, Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Führungsakademie der Bundesagentur für Arbeit für beendet, beschlagnahme das Gebäude in Regensburger Straße 104-106 und alle übrige Gebäude sowie alle Finanzmittel und Akten dieser Behörden, die als Beweismittel im Strafverfahren ausgewertet und verwendet werden.

Die Mißachtung meiner Anweisung wird zur Verurteilung der Täter nach Nürnberger Prinzipien und Bestimmungen der Konstitution der Gemeinschaft Rus' führen.



Dr. Andrej Poleev

Referenz.

Maßnahmen nach Verbot und Auflösung politischer Parteien.

<http://constitution.fund/indictments/Parteien.pdf>